

Rede von Kurt Schumacher über Deutschland und Europa (Nürnberg, 29. Juni 1947)

Legende: Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am 29. Juni 1947 legt der Parteivorsitzende Kurt Schumacher in einer langen Rede seine Vision von der Stellung Deutschlands in der Neuordnung des Nachkriegs-Europas dar.

Quelle: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg. Berlin, Bonn-Bad Godesberg: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 1976. p. 35-56.

Urheberrecht: (c) J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_kurt_schumacher_uber_deutschland_und_europa_nurnberg_29_juni_1947-de-4f4f783e-8b9d-4f39-96ce-b5061ff6b246.html

Publication date: 03/07/2013

Deutschland und Europa

Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Die Weltöffentlichkeit hat durch den zweiten Weltkrieg und die Propaganda in den letzten beiden Jahren wohl etwas zu stark unter dem Eindruck gestanden, daß das heutige Deutschland das zusammengebrochene Dritte Reich sei. Und diese im Prinzip nicht gerechte Einstellung zu den neuen Kräften in Deutschland hat dann auch die Berichterstattung über die Vorgänge in diesem Lande etwas zu stark gefärbt. Man hat vielleicht gemeint, gefährliche geschichtliche Kräfte wieder wachzurufen, wenn man diesem Deutschland die Gerechtigkeit einer objektiven Berichterstattung zuteil werden ließe. Wir Sozialdemokraten sagen dazu: Wir stehen ein für alles, was wir gesagt und getan haben in diesen beiden Jahren. Aber wir denken gar nicht daran, uns die Verantwortung zuschieben zu lassen für Dinge, die wir niemals gesagt und getan haben. Nun ist heute bei der Frage der Neuordnung Europas die Berichterstattung eine wichtige Waffe für die Steuerung der europäischen Ordnung und für die Weckung der europäischen Ordnung. Die Weltöffentlichkeit muß wissen: wenn sie heute über Vorgänge in Deutschland berichtet, dann hilft sie Europa und nicht Deutschland allein. Und ich glaube, dieses Maß der Verantwortung soll der Weltöffentlichkeit die Feder führen. Gewiß, die Deutschen haben viel zu lernen, vielleicht mehr als jedes andere Volk. Aber in einem großen Punkte sind wir Deutschen an politischer Erfahrung vielen anderen Ländern voraus. Wir haben in Deutschland die nackte Gewalt triumphieren sehen in Gestalt des Dritten Reiches, als vom deutschen Volke getragen. Und wir haben in Deutschland den Erfolg einer rücksichtslosen kommunistischen Katastrophenpolitik gesehen. Diese beiden Erkenntnisse haben wir vor den alten großen Demokratien der Welt voraus. In diesen beiden Fragen sind wir zu unserem Leid und zu unserem Schmerz sachverständig in des Wortes verwegenster Bedeutung. Man wirft den Deutschen vor, sie seien nicht initiativreich genug, und meint achselzuckend, die Deutschen könnten sich untereinander nicht einigen. Ich glaube nicht, daß diese Vorwürfe im letzten Kern berechtigt sind. Man kann billigerweise von einem Volk nicht Initiative verlangen, wenn man die Voraussetzung aller Initiative, die effektive Machtposition, diesem Volke nicht gibt. Man kann auch nicht über den Mangel an Einigkeit reden. Denn in Wahrheit ist die klassische Diskrepanz heute in Deutschland stärker als jemals vorhanden. Die Besitzer der Sachwerte, der Produktionsmittel, die Lebensmittelproduzenten, haben alle mobilen Sachwerte, die auf den Tauschmarkt gekommen waren, an sich gesaugt und auch den übergroßen Teil des Papiergeldes. Und dieser einseitigen Anreicherung stand die entsprechende Seite der Verarmung gegenüber. In Deutschland haben sich die Sachwertbesitzer und diejenigen, die nichts haben als ihre Ware Arbeitskraft, auch voneinander fortentwickelt, ein Zustand, den man analysieren muß, aus dem man Konsequenzen zu ziehen hat, aber ein Zustand, den man nicht mit dieser banalen Redensart, wie Mangel an Einigkeit, begleiten soll.

Nun krankt Deutschland in Wahrheit an der verhinderten sozialen und politischen Revolution des Jahres 1945. Und diese Verhinderung beruht doch gewollt oder ungewollt auf der Tatsache der Besetzung. Wir erleben doch heute eine ökonomische und gesellschaftliche Welt, deren Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln im Prinzip doch genau so bankrott gegangen sind, wie die Produktionsformen des Dritten Reiches. Darum haben wir eine dauernde innere Zerreißprobe und eine permanente psychologische und politische Krise. Bevor diese Spannungen nicht überwunden und geregelt sind — und nach unserem Willen sollte diese Regelung möglichst gesetzmäßig vor sich gehen —, werden wir auch keinen Anschluß an die Normalisierung des Lebens finden.

Wir stehen heute in Deutschland in Wahrheit mitten in einem Bürgerkrieg, der mit ökonomischen und bürokratischen Mitteln ausgefochten wird, wobei die Anwendung der Mittel leider überwiegend in der Hand unserer politischen und klassenmäßigen Gegner liegen — mit Wissen und Willen und Duldung aller militärischen Regierungen in Deutschland. Die Diskussion über Europa ist doch in Wahrheit das Suchen nach einer Sinngebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen, wir können überhaupt vom Leben nicht verlangen, daß es sich nach Abstraktionen richten soll, wir haben auch gar nicht das Recht der Wahl zwischen Schemen. Wir haben, Genossinnen und Genossen, nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten. Wir müssen auch sagen, daß die Konstituierung eines neuen Europa auf einer neuen Ebene erfolgen muß und daß es unmöglich ist, Deutschland viermal nach den Vorbildern von vier Besatzungsmächten zu gestalten, und daß Deutschland als Ganzes auch nicht das Vorbild eines oder mehrerer anderer Kontinente annehmen kann, genau so wenig, wie das Europa kann. Genau so notwendig, wie es ist, daß Deutschland seinen eigenen gesellschaftlichen,

sozialen und kulturellen Stil entwickelt, genau so ist es notwendig, daß Europa den gemeinsamen Kultur- und Gesellschaftsstil findet. Und diese Tendenzen zur Gemeinsamkeit in Europa sind vorhanden, Europa hat das letzte Wort in der Entwicklung des Kontinents als eines wichtigen und unverzichtbaren Bestandteiles der Menschheit noch nicht gesprochen. Das Abendland ist nicht tot. Denn Sozialismus und Demokratie leben. Die Politik des Entweder-Oder, die schlagwortmäßige Antithetik von Ost und West entspringt weder dem europäischen Können, noch dem europäischen Wollen. Das zeigt sich am besten in Deutschland. Wenn wir eine derartig primitive Optionsformel aussprechen würden, dann würden wir den Trennungsstrich mitten durch unser Land ziehen, dann würde mit dem Wissen und Willen der Deutschen das Land mitten durchrissen werden. Und eine solche Durchreißung Deutschlands würde in Wahrheit die denkbar gefährlichste Zuspitzung aller Gegensätze bedeuten. Für uns in Europa kann trotz aller nationalstaatlicher und nationalwirtschaftlicher Exzesse nur maßgebend sein der gemeinsame soziale und ökonomische Inhalt der europäischen Länder mit seiner deutlichen Tendenz zum Sozialismus. In diesem Sinne kann Europa als ein kommendes Ganzes gesehen werden. Wir sollen es ruhig aussprechen: Der Lebensstil, die Kultur und die Wirtschaftsform dieses Kontinents, das ist der demokratische, die Rechte der freien Persönlichkeit bejahende Sozialismus. Wir bekennen uns zum demokratischen Sozialismus als einer der großen politischen Methoden in der Welt. Und diese Methode im Weltgeschehen auch zum Einsatz zu bringen, das ist die Verpflichtung aller Europäer, das ist die Verpflichtung aller europäischen Sozialisten. Und der Kontinent kann kein autarkes, sich selbst genügendes Europa sein, es kann nur ein zur Zusammenarbeit bereites Europa sein. Nur ein solches wäre ein Fortschritt, nicht die Feindseligkeit, die Versteifung, die Ablehnung all dieser Prinzipien, aus denen heraus Europa gestaltet werden kann, sondern die schöpferische Auseinandersetzung mit den anderen großen Ideen und Vorbildern. Aber, Genossinnen und Genossen, *primum vivere deinde philosophari*; man muß zuerst leben und dann kann man philosophieren! Wir können nicht um die Rivalität von Ideologien kämpfen. Wir müssen uns nach dem Leben und seinen Notwendigkeiten richten.

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. Als erstes kam diese kriegerische Antwort vom Dollar-Imperialismus und vom Okkupationsdollar. Diese Art, ein so schwerwiegendes und lebenswichtiges Problem zu beantworten, ist unter allen Umständen falsch und verderblich. Man kann das alles nicht mit einer kriegerischen Aktionsformel abtun.

Und man hat nicht das Recht, sich in solchen agitatorischen Formulierungen zu gefallen, solange in Europa mehr als 100 Millionen Menschen hungern.

Dann gibt es ein anderes Echo, das kapitalistische Echo, die Kreise, die aus einer gemutmaßten gesellschaftlichen Affinität mit den maßgebenden gesellschaftlichen Schichten in USA von dort aus sich für ihr System Hilfe erhoffen. Ich meine, die großmütige amerikanische Hilfe kann durch nichts mehr bloßgestellt werden, als durch Zustimmung deutscher Interessenten eines gewissen Kalibers.

Dann gibt es auch noch soziale und politische Stimmungen, die diese Initiative im vollen Gefühl der Verantwortung ermutigen und Notwendigkeiten für diese Initiative zeigen wollen, Notwendigkeiten, die ebenso europäisch wie amerikanisch sind. Schließlich ist ja Amerika jetzt die einzige Stelle in der Welt, von der aus Kredit, Ernährung und Rohstoffe in das zerstörte und ausgeraubte Europa hineingepumpt werden können. Hierin werden die der Verantwortung bewußten Menschen in der ganzen Welt übereinstimmen. Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokratischen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach, diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begrüßen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europaertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte. Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige

Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen.

Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszudiskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Aufbau Europas vollenden, sondern wir müssen jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. Und die Frage der Intensität und die Frage nach dem Tempo, die Frage nach der Beschleunigung, das ist auch die Antwort auf die Frage, ob überhaupt Hilfe noch möglich ist, und wir übertreiben nicht, gefangen von der Schwere des Augenblicks, wenn wir sagen: Hilfe für Europa und für Deutschland in diesem Europa ist nur als schnelle Hilfe möglich.

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll auch dieser Parteitag dienen.

Die von den USA gewollte enorme wirtschaftliche und moralische Leistung für die Welt ist ja zu gleicher Zeit auch ein gutes Stück amerikanischer Sicherungspolitik. Es war General Marshall, der ganz klar gesagt hat:

Neben der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und der Möglichkeit von Unruhen, die sich aus der Verzweiflung der Völker ergeben können, sollten die Folgen für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten jedem klar sein. Wenn wir Weitsicht zeigen und unser Volk bereit ist, sich der hohen Verantwortung, die die Geschichte ihm auferlegt hat, nicht zu entziehen, dann können und werden wir die Schwierigkeiten überwinden.

Das sagte General Marshall. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, Europa etwa das ökonomische und gesellschaftliche Vorbild der Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, ein Stück amerikanische Weltherrschaftspolitik zu treiben, sondern er sagte damit, daß ökonomisch und politisch die beste Sicherung Amerikas für die Zukunft ein gesundes, kaufkräftiges, im Politischen und Wirtschaftlichen lebendiges Europa ist.

Ein Projekt von so gewaltigen Ausmaßen ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfeleistung und Verantwortung vor der Welt und für die Welt. Ganz einfach gesagt: die Amerikaner, diese mächtigste Konzentration von Reichtum und ökonomischen Möglichkeiten, haben erkannt, daß die Welt für sie gefährlich ist, wenn sie der einzige Punkt in der Welt sind, der reich ist. Man muß auch andere Stellen in der Welt haben, die ökonomisch jedenfalls genügend Wohlstand produzieren, um in eine wirtschaftliche Kombination mit dem Reichtumspender treten zu können.

Eine ungeheure Erleichterung liegt darin, daß die USA dieses Angebot an ganz Europa und an Rußland gemacht haben. Es ist eine Illustration zu der dringlichen Frage, die wir Sozialdemokraten so stellen: Europa ist mit Rußland möglich, Europa ist am besten mit Rußland möglich, aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich. Wir hoffen, daß die Verhandlungen in Paris den Weg weitergehen werden, der ja zeigen soll, daß Europa am besten mit Rußland möglich ist.

Die Entscheidung fällt jetzt durch das Tempo der Hilfe. Was in diesem Jahr einen Dollar kostet, wird im nächsten Jahr mehrere Dollar kosten und wird dann allerdings einem Volk gewährt werden, das im nächsten Jahr nicht mehr so viele innere Aufgeschlossenheit und Willen, bis zum Letzten mitzumachen, zeigen kann und zeigen will, als das deutsche Volk heute noch aufzubringen in der Lage ist.

Die formalen Gründe der Passivität beim Aufmarsch zur Moskauer Konferenz haben sich sehr lähmend auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausgewirkt, und heute ist die Pause zwischen Moskau und London zu groß, als daß sie durch Passivität ausgefüllt werden könnte. Passivität bedeutet heute für Deutschland Vernichtung des Lebens. Es muß also die Aktivierung des deutschen Lebenswillens gelingen, sonst vergrößert sich die politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden. Diese politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden ist das Gefahrenmoment in Europa, wenn nicht aus eigener Kraft, dann dadurch, daß andere Kräfte es auszuspielen verstehen. Für den durchschnittlichen Deutschen aber handelt es sich bei der ökonomischen Hilfeleistung an Europa auch noch um etwas anderes: um die Bejahung einer Idee durch die Tat, um die Bewahrheitung der grundlegenden der vier Freiheiten der Atlantik-Charta, der Freiheit von der Not.

In dieser Situation ist in Westdeutschland der bizonale Wirtschaftsrat geschaffen worden. Er ist die Offenbarung der von uns schon seit zwei Jahren verkündeten Tatsache, daß in Deutschland alle die wirtschaftspolitischen und ernährungspolitischen Fragen mit den Mitteln der Länder, durch die Länder und in den Ländern nicht beantwortet werden können. Die Zuständigkeitsvermutung auf allen Gebieten der Wirtschaft liegt beim Wirtschaftsrat. Er wird soviel Kompetenzen haben, wie er Kräfte hat, sie aufzugreifen und durchzusetzen. Das Exekutivkomitee des Wirtschaftsrates ist keine gesetzgeberische Konkurrenz. Wohl hat es die Initiative der Gesetzgebung, wohl hat es die Befugnis zu Durchführungsverordnungen, es ist aber nicht eine Vertretung der Länder für Interessen der Länder. Es ist eine Vertretung der Länder bei der Bizone zu wirtschaftlichen Zwecken der Bizone. Der Wirtschaftsrat ist keine staatsrechtliche Konstruktion. Wir müßten ihm ja an sich seine Kompetenz dadurch bescheinigen, daß wir ein bizonales ökonomisches Parlament wählen müßten. Aber gerade das können wir nicht und wollen wir nicht. Denn ein originär gewähltes bizonales Parlament würde ja bedeuten, daß alle Kräfte, die sich an der Schaffung eines solchen Zustandes beteiligen, den Dolus hätten, eventuell ein Westdeutschland zu errichten. Nein, wer te Genossen und Genossinnen, das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale und staatsrechtliche Einheit.

Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone zeigen, daß man dort mit Manipulationen beschäftigt ist, die die Konsequenz eines Westdeutschland zeitigen können. Nun, die Verantwortungen für alle diese Dinge müssen bei den Kräften liegen, die sich dafür ins Zeug legen.

Der letzte Winter hat aber auch Klarheit darüber geschaffen, daß eine positive Wirtschaftspolitik nicht unter gleichzeitiger Förderung partikularistischer Tendenzen möglich ist. Alle diese Politiken, die eine Politik der Sicherheit durch Betonung und Schaffung von Ländersouveränitäten wollten, sind durch den an sich unnötigen und harten Anschauungsunterricht des letzten Winters erledigt worden.

Eine Sicherheitspolitik mit einer Art politischem Morgenthau-Plan ist ökonomisch nicht möglich, und es ist kein Ruhmesblatt für die Deutschen, daß regionale Widerstände gegen nationale Notwendigkeiten mit der Schaffung des Wirtschaftsrates durch die Besatzungsmächte gebrochen werden mußten. Es ist das nichts, worauf die Deutschen stolz sein könnten, und wenn wir einmal den Partikularismus seiner romantischen Verkleidung entledigen, dann werden sie ja wissen, daß da ein sehr handfestes Stück sozial-ökonomischer Interessenpolitik liegt und daß der Partikularistenstaat in Wahrheit in seinem Rahmen ein sehr zentralistischer Staat ist, der allen seinen nachgeordneten Stellen die Freiheiten verweigert, die er selbst den übergeordneten Stellen nicht gewähren will. Der Partikularismus als sozial-ökonomische Methode ist doch heute in Deutschland aus dem Willen erwachsen, das Eigentum unter allen Umständen zu verteidigen und möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. Man kann heute geradezu ein Gesetz der kommunizierenden Röhren zwischen Partikularismus und Kriegszerstörung ablesen: Je weniger ein Land durch den Krieg zerstört ist, desto partikularistischer ist seine Politik. Das bedeutet, daß man den großen Finanz- und Lastenausgleich verweigern will, und es ist unmenschliche aber logische Folgerung, wenn kürzlich einmal

in dem Radio eines Landes von den nicht in diesem Lande Geborenen als den „deutschen Ausländern“ gesprochen wurde.

Wir wissen, daß mit der Konstruktion des Wirtschaftsrates die Frage nach der Durchsetzung seiner Gesetze noch nicht gelöst ist. Aber wir müssen auch wissen, daß wir in allen diesen Fragen die Hilfe der Besatzungsmächte in zweierlei Formen brauchen: einmal in der Änderung der Okkupationspolitik, und zum anderen in der Verstärkung, Beschleunigung und Intensivierung der Hilfsaktion. Man kann sich bei der Beurteilung der Situation den Luxus von optimistischen und pessimistischen Stimmungen nicht leisten. Wenn man Deutschland gesund machen will, so ist es nach den realen Möglichkeiten heute nur auf dem Wege zu erreichen, daß man die Bizone ökonomisch so lebendig macht, daß von ihr ein unwiderstehlicher Magnetismus auf andere Zonen ausgeht. Das ist die kardinale, praktisch-politische Frage, die noch vor Einbruch dieses Winters so weit klargestellt sein muß, daß auch das primitivste Gemüt die Tendenzen der Entwicklung zu überschauen vermag. Die Anziehungskraft einer wirtschaftlich gesunden Bizone wäre ungeheuer. Aber diese Anziehungskraft wäre der erste Schritt zur Vereinigung aller Zonen. Wenn man sagt, es wäre falsch, die Bizone wirtschaftlich stark zu machen, nun, wer te Genossen, und Genossinnen, wenn wir diese Bizone wirtschaftlich stark haben wollen, dann nicht nur mit Rücksicht auf das deutsche Volk in den Westzonen, dann auch — ja, in erster Linie — mit Rücksicht auf das deutsche Volk der Ostzone. Denn eine Zonenvereinigung ist wirtschaftlich nur denkbar und möglich, wenn der Westen stark genug ist, das ökonomische Vakuum der Ostzone bei einer Vereinigung auch auszufüllen.

Nun stehen wir aber in Deutschland vor einer Situation, die tatsächlich das endgültige Zusammenbrechen und Auslösen der Arbeitskraft bedeutet. Wenn wir die volkswirtschaftlichen Probleme in Deutschland diskutieren oder die deutschen Probleme vom Ausland her diskutiert sehen, dann finden wir immer, daß diese Probleme nicht in ihrem Zusammenhang, in ihrer Komplexität gesehen werden, sondern viel zu sehr isoliert diskutiert werden, gleichgültig, ob es sich nun um die menschliche Arbeitskraft, die Ernährung, die geleisteten und beanspruchten Reparationen, die Art der Berechnung der Reparationen, das Verhältnis von Reparationen und Annexionen, die Demontage, die Exportförderung, die Preisbildung oder die Lohnbildung handelt. Alle diese Dinge können nicht nur isoliert diskutiert werden. Alle diese Dinge können nur miteinander abgestimmt in die Diskussion gebracht werden, und es ist kein neuer Industrieplan denkbar, der nicht nur diese Dinge diskutiert, sondern sich auch mit den Notwendigkeiten einer geplanten Wirtschaft der Zukunft, der Sozialisierung, der Bodenreform und der neuen Währung auseinandersetzt. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, um in Details in Dinge der Währungsreform einzugehen. Das eine aber laßt euch sagen, Genossen und Genossinnen: schon einmal ist durch eine falsche Handhabung der Währungsreform der Boden für die deutsche Gegenrevolution vorbereitet worden. Das war damals, als man den Sparern alles nahm und den Sachwertbesitzern alles ließ. Für die Methode einer deutschen Währungsreform ist diese klare wirtschaftliche Skizze notwendig. Es ist auch keine Währungsreform möglich, die sich im Technischen erschöpft. Eine Währungsreform ist nur zukunftsfruchtig und erfolgverheißend, wenn sie untrennbar mit dem gerechten sozialen Lastenausgleich gekoppelt ist. Die Währungsreform ist um so sicherer und heilsamer in ihrer Wirkung, je mehr sie mit dem Anlaufen einer Wirtschaft zusammenfällt, der nicht nur die deutschen, sondern auch die ausländischen Kräfte einen guten Absprung bereiten. Dann kann eine Währungsreform kommen, und dann müssen wir den Mut haben, diesem entschleierte Gesicht der deutschen Armut entgegenzutreten. Wir müssen den Mut haben, in einer Welt ohne Illusionen zu leben, aber ich glaube, dieser Mut ist gar kein schlechter Mut. Denn wenn es eine Situation der Armut ist, dann kann es nur eine Situation der gleichen Armut für alle und damit der gleichen Chance für das Sich-empor-Arbeiten werden, und zwar eines Emporarbeitens durch echte Leistung. Ich will jetzt hier nicht den deutschen Notenumlauf oder die deutsche Schuldenwirtschaft im einzelnen skizzieren. Die Wehrmachtausgaben, die Einsatz- und Familienunterhaltsausgaben, der Ersatz von Kriegsschäden usw., die vergüteten Kriegsschäden, das alles macht zusammen eine Summe von etwa 700 Milliarden Mark aus. Wenn Sie dazu die noch nicht anerkannten Kriegsschäden und ähnliche Dinge hinzurechnen, kommen Sie gut und gern auf 1000 Milliarden Mark, auf eine Billion Mark. Dabei ist das nicht berücksichtigt, was vom Ausland her an phantastischen Ansprüchen gegenüber Deutschland angemeldet wird. Wichtig für uns ist bei der Untersuchung der Ausgaben, daß 30 % aus Steuern gedeckt sind, 10 % aus Besatzungskosten und Kriegskostenbeiträgen, d. h. aus Ausräuberung besetzter Länder, 7 % durch andere Einnahmen und 22 % durch Schulden.

Sehen Sie sich demgegenüber einmal das britische Budget an. Dann werden Sie finden, daß es genau ist wie im ersten Weltkrieg. Auch in Deutschland hat man den Mund mit nationalistischen Phrasen sehr weit aufgerissen, hat aber den ersten und den zweiten Weltkrieg durch Schulden finanziert. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß auch das Hitlerreich vom System der Wilhelminischen Kriegsfinanzierung im Prinzip nicht losgekommen ist.

Wenn man heute Deutschland betrachtet, und wenn man sieht, wie die Klassen auseinanderstreben, wie die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, dann sieht man auch, daß die vom Produktionsprozeß Ausgeschlossenen und die Leute, die nichts weiter zu verkaufen haben als die Ware Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser Welt der Produzentenherrschaft sind. Das Resultat ist, daß die deutsche Arbeitskraft noch niemals einen so geringen Realwert gehabt hat wie heute. Wenn man die Schwarzmarktpreise zur Grundlage nehmen wollte, dann würde man weniger als 1 % herausbekommen. Aber selbst, wenn man den Nominallohn, den Lohn in Papiermark ansetzt, findet man, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung von 25 bis 30 % eingetreten ist. Die Massen, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, sind in den Zwang versetzt, dieses Kapital zu zerstören. Selbst bei der Beanspruchung von Umwegen in der Ernährung kann der notwendige Energieverbrauch nicht ersetzt werden. Man kann darum die Arbeitsintensität auf bestenfalls 40 bis 50 % der Vorkriegsintensität ansetzen. Der Druck der Kosten steigt unerträglich und zwingt die Produzenten entweder zur Substanzverschleuderung oder auf den Tauschweg. Die Verkäufer der Ware Arbeitskraft aber werden dadurch zu einer Politik der Lohnerhöhung gezwungen, einer Politik, die man erst bei den Bergarbeiterlöhnen sehr zögernd beschritten hat. Aber eine Lohnerhöhung wird ja nur dann zur Tatsache, wenn die Preise stabil bleiben oder wenn eine entsprechende Produktionssteigerung eintritt.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen die großen Streiks des letzten Winters und des Frühjahrs ein anderes Gesicht. Politische Kräfte haben wohl versucht, diese Streiks zu entfesseln. Es ist ihnen in keinem Falle gelungen. Politische Kräfte haben versucht, diese Streiks auszunutzen und ihnen ihr Gesicht zu geben. Es ist ihnen kaum merklich gelungen. Die Streiks waren Demonstrationen dafür, daß die Massen die Situation ohne fremde Hilfe für ausweglos angesehen haben. Und die Ware Arbeitskraft, die, um das Lassallesche ironische Wort zu gebrauchen, vergeblich den Versuch macht, sich als Mensch zu gebärden, ist im März und April dieses Jahres Mensch geworden.

Wir sind gegen eine Politik politischer Streiks. Wir sind gegen jede Politik leichtfertiger Streiks. Über dem Streik muß das stehen, was früher einmal in die Kanonen eingraviert war: *Ultima ratio regis* (das letzte Wort), in diesem Fall des Volkes. Diese Streiks waren keine Streiks für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Streiks waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.

Ich will mich hier nicht in Details verlieren und in fiktiven Statistiken für das, was man einstmals an Fett und Fleisch in Deutschland verzehrt hat und was man heute auf Karten verzehrt, ohne es jemals zu bekommen. Ich will Sie nicht mit diesen Statistiken im einzelnen langweilen. Ich will zur Sache kommen und sagen: Eine Politik der Prioritäten für gewisse Arbeiten ist unvermeidlich. Wir haben eine solche Politik der Prioritäten schon 1945 vollzogen. Aber eine Politik der Prioritäten ist nur eine relativ kurze Periode hindurch möglich. Dann ist es nicht mehr möglich, die bevorzugten Arbeiter vom Schicksal ihrer Familien zu trennen. Dann ist es auch nicht mehr möglich, diese Familien von anderen Arbeitern und ihren Familien zu trennen. Dann ist auf die Dauer nur eine großangelegte Hilfe möglich, die die Prioritätenpolitik unmöglich macht.

Die Zeit nähert sich mit Riesenschritten, wo der Zusammenbruch nur noch durch die allgemeine Hilfe auf der ganzen Linie aufgehalten werden kann. Erste Forderung der Sozialdemokratie ist dabei: das menschliche Leben muß höher stehen als alle Sachgüter. Darum ist ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährungslage und ohne Sicherung des Lebens durch Hausbrandversorgung eine Unmöglichkeit. Es ist eine falsche Rechnung, etwa jetzt den Hausbrand der Industrie zuweisen zu wollen. Wenn man diese kurzfristige Politik macht, erreicht man damit nur, daß im nächsten Winter aus einem großen generellen Notstand heraus das Mehrfache von dem an Kohlen gestohlen wird, was jetzt an Hausbrand verteilt werden kann. Und dazu kommt noch als soziale Zwangsläufigkeit das organisierte Gangstertum des Schwarzen Marktes, das sich einer solchen Notlage natürlich gern bedient.

Bei der deutschen Hungerkrise handelt es sich nicht um vorübergehende Versorgungsschwierigkeiten. Es fehlen nicht nur die Marktüberschüsse der Ostgebiete, es fehlt sehr viel anderes. Es fehlt der Kunstdünger, es fehlt der Stickstoff. Östlich und westlich der großen Mauer haben wir aus politischen Gründen Hunger, nämlich deswegen, weil man aus politischen Gründen entweder industrielle Hilfsmittel der Landwirtschaft zerstört hat oder aus politischen Gründen eine falsche, produktionsmindernde Agrarpolitik gemacht hat. Dieser politische Hunger muß auch mit politischen Hilfen bekämpft werden.

Je größer der europäische und deutsche Hunger ist, desto höher sind auch die Preise für Nahrungsmittel in der Welt. Jetzt müssen wir übersetzte Mangelpreise in einer ausgesprochenen Mangelwährung zahlen. Gunnar Myrdal hat einmal das Wort von der Ruhrkohle als der gemeinsamen europäischen Währung gebraucht. Aber diese Ruhrkohle hat ihre Bedeutung für die Welt nicht als Kohle, sondern dadurch bekommen, daß sie auf dem Weltmarkt als deutsche Fertigware erschienen ist.

In den USA weiß man ganz genau, daß ohne ein wirtschaftlich erstarktes Westdeutschland und vor allem ohne ein lebendiges Ruhrgebiet der Versuch der Re-Industrialisierung, der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, scheitern müßte.

Gerade die Ruhrkohle und das Holz zeigen auch in ihrer Preisbemessung die ganze Unmöglichkeit der heutigen Lage. Wenn Sie die Holzpreise für Schnittholz ansehen, dann werden Sie finden, daß dasselbe Holz in Finnland den doppelten, in den USA den dreifachen Preis einbringt. Und wenn Sie die Berechnung der Ruhrkohle ab Schacht mit 15,50 RM pro Tonne ansehen, Genossen und Genossinnen, dann wissen Sie ganz genau, warum Deutschland nicht hochkommen kann, und dann wissen wir auch ganz genau, warum es zwecklos ist, so weise Reden von außen her an uns zu halten.

Hier in dieser Preispolitik liegt ein Stück echter Schlüssel zur Erkenntnis der Situation. Allen Gläubigerstaaten aber möchten wir sagen, daß ein Reparationskonto nach der Maxime „Nach uns die Sintflut“ und: „Erst wollen wir einmal unsere eigenen Ansprüche in Sicherheit bringen“ in Wirklichkeit die Gläubiger selbst ruiniert. Deutschland haftet als Ganzes für Reparationen, und die Ansprüche der Sieger sind auch ein Ganzes. Daß man das in Potsdam nicht mit der genügenden Klarheit erkannt hat, ist einer der Gründe, warum Potsdam so verderblich ist. Denn je mehr man in Potsdam einem Sieger restlose Reparationsbefriedigung versprochen hat, desto mehr hat man auch die anderen Sieger von den Reparationsansprüchen ausgeschlossen.

Ein Industrieplan, der der deutschen Zukunft Inhalt und Grenzen geben will, muß das Kriegspotential vernichten. Damit sind wir Deutschen einverstanden. Er muß die deutsche Friedenswirtschaft erhalten. Aber was tut der Industrieplan, der eigentlich nur eine Ausführungsbestimmung zum Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist? Er zerstört noch eine ganze Reihe von Produktionszweigen und macht darüber hinaus den Bau von schweren Werkzeugmaschinen und die Inanghaltung von Kugellagerfabriken unmöglich. Und darüber seien wir uns doch restlos klar: Ohne Kugellagerfabrikation und ohne schwere Werkzeugmaschinen ist doch alles Gerede über die deutsche Industrie nur ein Gerede, besonders wenn man dann noch sieht, daß die Leichtmetallerzeugung so grauenhaft beschnitten wird und die Stahl- und Eisenerzeugung nicht genügend berücksichtigt wird. Denn die Stahl- und die Leichtmetallerzeugung sind doch die Grundlage der deutschen industriellen Kapazität. Stahl und Eisen allein haben in Friedensjahren mehr als 50 Prozent der gesamten Ausfuhr auf sich vereinigt.

Die Verbrauchsgüterindustrien haben höhere Erzeugungsquoten im Industrieplan zugebilligt bekommen. Aber, werte Genossen, in Wirklichkeit ist die Gefährdung der deutschen Industriewirtschaft ja nicht so sehr durch einen Abbau der Kriegsindustrien eingetreten als vielmehr durch einen Abbau von Friedensindustrien, die eventuell einmal für Friedenszwecke brauchbar sind. Gegenüber der Angstpsychose in der Welt möchte ich doch insbesondere sagen: Die Besetzung ist im Lande, und Besetzung und Demontage von Friedensindustrie schließen einander aus. Anderenfalls wäre ja die Besetzung bloß eine Marionette. Aber die Besetzung ist ein recht aktiver, virulenter Faktor, und ihre Möglichkeiten der Kontrolle sind gegeben. Wenn der deutsche Produktionsplan so gefährlich anlaufen würde, dann sollte man die Frage nach der Zerstörung vor der Beendigung der Besetzung aufwerfen und nicht jetzt, wo das Lebendigmachen der Produktion die

Frage auf Leben und Tod des ganzen Volkes und Europas ist.

Die zeitliche Beschränktheit zwingt mich, eine Reihe von Vergleichen auszulassen, die zu wissen schon von Nutzen wäre. Jedenfalls kann man mit einem so geringen Sektor in den Industrien der Grundstoffe und einem verhältnismäßig sehr viel größeren Sektor bei den Verbrauchsgüterindustrien das Verhältnis von Grundindustrie und Verbrauchsgüterindustrie nicht aufrechterhalten. Man kann nicht mit dem Minimum an Basisindustrie ein Maximum an Veredelungsindustrie erzeugen, sondern man schafft damit den Zustand, daß die Verbrauchsgüterindustrie zwangsweise auf den unerhört niedrigen Stand der Basisindustrie herabgedrückt wird. Das wäre nur zu vermeiden, wenn man die Kugellager, das Aluminium, den Stahl, die Rohstoffe und die schweren Werkzeugmaschinen importieren könnte.

Da möchte ich doch fragen: was sollen wir heute alles importieren? Mit welchen Mitteln des Exports, mit welcher Währung sollen wir es bezahlen? Die Desindustrialisierung geht außerdem von falschen Voraussetzungen aus. Sie verkennt ganz das zusammengewachsene, durch die Akkumulation mehrerer Generationen gewordene und in jeder Beziehung verflochtene und ausgewogene Gebilde. Sie übersieht den Umfang der Zerstörung, die Überbeanspruchung und Überalterung der Maschinen, den außerordentlichen Bedarf an Ersatz und Neuinvestitionen. Sie übersieht weiter, daß das deutsche Volk selbst einen gesteigerten Bedarf an Verbrauchsgütern hat. Dieser Bedarf ist so groß, daß er sich bereits produktionshemmend auswirkt. Wir haben eben viele Millionen von Menschen, die ausgebombt sind oder aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, und denen fehlen die einfachsten Bedarfs- und Gebrauchsgüter. Theoretisch sollte sich die Desindustrialisierung auf 67 Prozent des Produktionswertes von 1936 beschränken. Das sollte als Fundus der deutschen Industrie stehen bleiben. Aber praktisch werden wir in langen Jahren bei Anhalten der heutigen Verhältnisse nicht in die Verlegenheit kommen, auch nur einen annähernden Status zu erreichen. Die Menschen können eben den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft dann nicht mehr als äquivalent für das Leben ansehen, wenn es ihnen nicht gelingt, durch ihre Arbeit ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. In diesem gefährlichen Stadium sind wir heute, und wir werden dadurch auch in ein gefährliches Stadium einer anwachsenden echten Arbeitslosigkeit kommen, wenn hier nicht die Hilfe auf der ganzen Linie eintritt. Wir können bei zusammenschrumpfenden Sozialprodukten und bei der ungünstigen generations- und geschlechtermäßigen Zusammensetzung des deutschen Volkes diesen Mangel an Industrieexport nicht durch einen Menschenexport ausgleichen. Das soll man auch im Zeitalter der Sklavenarbeit und der ewigen Kriegsgefangenschaft nicht vergessen.

Wir brauchen die Jungen und Starken, um die Alten und vom Leben Geschlagenen und um die Kinder am Leben zu erhalten. (Beifall.) Wir können nicht mit Kindern und Greisen eine Produktion für Kinder und Greise und ein ausreichendes Sozialprodukt schaffen und aus diesem Sozialprodukt noch die Reparationen zahlen. Wir können aber auch nicht schweigend diesem Prozeß der Entmenschlichung in der Politik, der Entwertung des Menschenlebens zusehen, und wenn wir nach unseren Vorstellungen über die Kriegsgefangenen, vor allem über die Kriegsgefangenen im Osten, derartig salopp hingeschluderte Antworten bekommen wie in Deutschland durch die Kommunisten, dann wird das deutsche Volk die Kommunistische Partei fragen: Wo bleiben unsere Kriegsgefangenen?

In diesem Prozeß der bröckelnden Wirtschaft ist es keine agitatorische Formel, wenn man von der Notwendigkeit von Remontagen spricht. Es geht tatsächlich um Remontagen und um neue Betriebe, vor allem in den Reparaturwerkstätten und in erster Linie im Verkehr. Wir haben im vorigen Herbst gewarnt. Man hat darüber hinweggehört, und viel schlimmer noch, als wir gesagt haben, ist die Krise eingetreten. Wenn jetzt nicht durch gesamteuropäische Hilfe und durch fremde Hilfe für Europa die Reparaturwerkstätten, speziell die Reparaturwerkstätten für Lokomotivbau und für Eisenbahnwaggons, stärker in Gang gesetzt werden, dann haben wir nicht ausgangs, sondern schon zu Anfang des nächsten Winters eine große Verkehrskrise und damit den Zusammenbruch jeder Warenverteilung und der Verteilung der Ernährung in Deutschland.

Nun ist der Zustand der Entindustrialisierung in der Ostzone am größten, am zweitstärksten in der französischen Zone. Die britische und amerikanische Zone bestimmen selbst, was sie in ihren Ländern für sich oder andere Länder aus der Bizone entnehmen werden.

Gegenüber allen Berechnungen, wie wenig Deutschland an Reparationen geleistet habe, möchte ich den Satz aufstellen: In Wahrheit hat Deutschland an Reparationen mehr geleistet, als ihm rechnermäßig an Forderungen bereits zugemutet worden ist. Man muß nämlich nicht nur das berechnen, was wirklich geleistet worden ist, und man muß das auch nach seinem richtigen Wert und nicht nach einer willkürlichen Buchungsmethode berechnen. Ich sagte schon, die Patente, die Produktionsverfahren, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse sind der ganzen Welt für friedliche Verwendung zur Verfügung gestellt worden. Sie sind echte Reparationsleistungen, denn sie bedeuten für die deutsche industrielle Entwicklung einen Rückschritt auf Jahrzehnte.

Dazu kommt das, was man den 13 Millionen Vertriebenen fortgenommen hat. Diese bequeme Plünderungsbeute kann nun wirklich nicht individuelle Beute einzelner vom Glück begünstigter Ritter der Beute sein, sondern das ist ein echtes Stück Reparationsleistung, das mit unserem Wissen und Willen nicht in den Schornstein geschrieben wird, dieses Plünderungsgut von 13 Millionen Menschen, das im Widerspruch zu vor der ganzen Welt feierlich abgegebenen Versprechungen steht.

Dazu tritt der Verlust an deutschem Gebiet. Um nicht mißverstanden zu werden — meine Herren von der Weltpresse! —, wenn wir Sozialdemokraten von deutschem Gebiet sprechen, dann meinen wir nur immer das Gebiet der Weimarer Republik. Aber wenn man von diesem Gebiet der Weimarer Republik, wie es den Anschein hat, Teile schon als endgültig von Deutschland weggenommen betrachtet, dann soll man uns den vollen Wert dieser Gebiete auch auf die Reparationsansprüche anrechnen.

Wir werden allerdings diese Rechnungsregelung erst durch den endgültigen Friedenvertrag als vorgenommen ansehen. Aber die ganzen Gebiete östlich der Oder und Neiße als weggenommen anzusehen, sind wir deutschen Sozialdemokraten nicht geneigt. Es ist hier nicht nur ein Recht selbstverständlicher nationaler Selbstbehauptung, es ist hier auch die Notwendigkeit einfachster ökonomischer Vernunft. Es sind ja schließlich 20 bis 25 Prozent des gesamten deutschen Nahrungsmittelaufkommens in diesem Gebiet erzeugt worden. Wenn die Kommunisten uns großmütig sagen: Ihr braucht auch bei Verlust dieses Gebietes nicht zu verzweifeln, sondern habt ja noch immer Exportmöglichkeiten, dann möchte ich die Kommunisten fragen: Wohin, gegen welche Rohstoffe und gegen welche Devisen exportieren? Einen Export ohne Gegenleistung kennen wir im Osten. Er heißt dort Reparation. Wir müssen aber von der Notwendigkeit befreit werden, auch noch diesen zusätzlichen Lebensmittelbedarf importieren und durch Exporte bezahlen zu müssen. Schließlich sind die Polen in den Gebieten östlich der Oder und Neiße auch volklich und ökonomisch nicht in der Lage, diesen Raum voll auszufüllen, und wenn wir die Gründe für das Absinken der Ernteergebnisse in Mitteleuropa einmal untersuchen, dann ist dieses einer der maßgebenden Gründe.

Werte Genossinnen und Genossen! Nun müssen wir auch ehrlich den Zusammenhang zwischen Exporten und Reparationen erörtern. Wenn Teilbeschäftigung die volkswirtschaftlich schlimmste Form der Verschwendung ist, so ist Vollbeschäftigung nicht immer ein Zeichen von Wirtschaftlichkeit. Dafür gibt die ökonomische Situation der Ostzone die beste Illustration. Dort ist mehr als die Hälfte der Produktionsmittel weggeschleppt worden. Dort bedeutet die Vollbeschäftigung die Überbeanspruchung der Produktivkräfte durch einen ungeheuren Verschleiß der verbliebenen deutschen Menschenkraft und der verbliebenen deutschen Maschinen. Man kann schätzen, daß von dieser Restproduktion ungefähr 80 Prozent in das Land der Besatzungsmacht gehen. Was von den restlichen 20 Prozent auf dem Schwarzen Markt oder für Zwecke der Roten Armee verschwindet, kann ich nicht mit genauen Prozentzahlen angeben, aber Tatsache ist, daß für die Ostzone keinerlei Beschränkung in der Entnahme von Produktionsmitteln im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, daß die Sowjets weder über die Reparationen aus der laufenden Produktion noch über die bisherigen Entnahmen Rechnung gelegt haben noch Rechnung zu legen willens sind und daß diese radikale Reparationspolitik jeden möglichen Industrie- und Reparationsplan für Deutschland bereits gesprengt hat. Selbst wenn man die sowjetische Reparationspolitik in die allgemeine Reparationspolitik gegenüber dem ganzen Deutschland einsetzt, ist nicht einmal die Durchführung dieses vorliegenden unzulänglichen Industrieplanes wegen der einseitigen Überbeanspruchung der deutschen Kapazität möglich. Hier haben wir also den echten Fall der Ausbeutung einer Nation durch die andere, wobei wir durchaus anerkennen, wie sehr der Osten durch den Überfall des Dritten Reiches verheert, verwüstet und entvölkert ist. Jetzt aber wird eine Gesundung des Ostens durch die Aussaugung Deutschlands nicht garantiert und ermöglicht. Dagegen wird das Verderben Deutschlands und damit eine Gefährdung Europas mit ziemlicher Sicherheit

herbeigeführt.

Nun ist es die Demontagepolitik der Amerikaner und Briten, die den Schlüssel dafür in der Hand hat, ob Westdeutschland der Punkt der Gesundung ist. Eine aktive Politik der Demontagen wäre wirtschaftlich außerordentlich gefährlich, denn demontiert werden ja nicht die überalterten und zerbombten Betriebe, demontiert werden die produktionstechnisch bestens durchrationalisierten Betriebe, demontiert wird immer nur das Beste der Wirtschaft, und das wirkt ökonomisch außerordentlich schädigend. Darüber hinaus fürchten wir einen psychologischen Schaden, von dem wir gar nicht wissen, ob er noch jemals repariert werden kann.

Es wird jetzt international sehr viel über den Zwang zum deutschen Export theoretisiert. Aber in der Bedrohung der deutschen Friedensindustrie wird noch mehr praktiziert. Hier scheinen Interessenten nicht mir Patente und Verfahrensmethoden, sondern auch die deutsche Exportkonkurrenz loswerden zu wollen.

Wir sind voll festen Vertrauens, daß die Labour-Regierung schließlich auch diesen Fragenkomplex beherrschen und bewältigen wird. Aber wir haben in der Zwischenzeit hier in der Zone sehr viel mit wirtschaftlichen Praktiken zu kämpfen, die mit der großen Politik der Labour-Regierung nur eine sehr entfernte Verwandtschaft haben. Und schließlich sollte man in England auch wissen, daß das große Experiment auf der kleinen Insel, für dessen Gelingen die ganze demokratisch-sozialistische Welt bangt, erst dann gesichert ist, wenn auf dem Festlande ähnliche sozialökonomische Strukturwandlungen vor sich gehen.

Wenn man aber bei der augenblicklichen gespannten Ernährungslage in den letzten Monaten in der britischen Zone sehen konnte, daß beispielsweise Konservenfabriken, Fabriken zur Erzeugung von künstlichem Fett und Kaffeeröstereien oder ähnliches demontiert worden ist, dann hat das weder mit einer Politik der Sicherung noch mit einer Politik der echten Reparationen zu tun.

Wir dürfen auch heute nicht verschweigen, daß einige Härten des letzten Winters hätten gemildert werden können, wenn die Bürokratie der britischen Besatzungsmacht etwas flexibler gewesen wäre. Ich denke an die Angebote aus Nachbarländern, aus Holland, Belgien und Skandinavien, Gemüse und Fette gegen bereits vorliegende Fertigwaren oder gegen Ruhrkohle zu liefern. Diese Angebote sind von der Wirtschaftsbürokratie immer abgelehnt worden, und wenn sie nicht abgelehnt wurden, durch einen unerträglichen Umrechnungskurs von Mark und Dollar unmöglich gemacht worden. So erreicht man zwar den Zustand, der an sich begrüßenswert ist, daß für die Interessen des britischen und amerikanischen Steuerzahlers keine neuen Ansprüche gegenüber Deutschland entstehen, aber man erreicht zu gleicher Zeit auch damit, daß gerade die kleineren Länder um Deutschland herum in ihrer akuten Absatzkrise bleiben und auf gar keine Reparationskapazität Deutschlands in der Zukunft hoffen können. So erreicht man die Verlängerung der krisenhaften Zustände vor allem in Holland und Dänemark, so erreicht man auch Kapitalinvestitionen in Schweden und anderen Ländern. So erreicht man die europäische Anarchie, aber nicht die europäische Gesundung. Man muß schon das Stadium der Interessentenpolitik zugunsten einer höheren Einsicht überwinden.

In dieser Situation ist bei klarer Erkenntnis dessen, was kommen mußte, am 26. September 1946 von der Sozialdemokratischen Partei die Kölner Resolution gefaßt worden. Diese Kölner Resolution ist keine kurzfristige Aktionsformel, ist kein Dogma, kein Katechismus, vor allen Dingen kein Ultimatum an die Besatzungsmächte. Diese Kölner Resolutionsformel hat in sich die Weitfrichtigkeit durch eine Reihe von Bedingungen, ohne die die Beihilfe des demokratischen Sozialismus bei einem Versuch der Demokratisierung Deutschlands sinnlos sein würde. Die Kölner Resolution ist die Proklamierung des Grundsatzes, daß es keine Überanstrengung des guten deutschen Willens ins uferlose geben kann. Die Alternativmaßnahme, von der die Sozialdemokratie dort spricht, ist die zentrale Zurückziehung aller Minister aus allen Landesregierungen, wodurch die Möglichkeit der länderindividuellen Zurückziehung ja nicht berührt wird. Wenn wir nach genauer Prüfung des Sachverhalts die letzte Konsequenz aus der Kölner Resolution im Januar dieses Jahres nicht gezogen, sondern negiert haben, so haben uns zwei Gründe dazu bewogen. Einmal standen wir am Vorabend von Moskau. Wir mußten da für unser Volk alle Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung lebendig erhalten, und sicher ist im Verlauf dieser Moskauer Konferenz auch das Auge der Welt für das deutsche Feld ein anderes geworden. Daß wir recht damit getan haben, zeigt jetzt

die Situation der amerikanischen Hilfsaktion. In dieser Situation müssen wir die Möglichkeit haben, für diese große Partei und die ihr vertrauenden Teile Deutschlands auch eine aktive Politik in jeder Gestalt und jeder Form zu treiben. Wir müssen diese Möglichkeit als Partei haben, aber auch im bizonalen Wirtschaftsrat. Der bizonale Wirtschaftsrat hat nicht nur gegenüber den deutschen Ländern etwas durchzusetzen, er ist jetzt der deutsche Stimmführer für ökonomische Notwendigkeiten gegenüber Europa und der großen amerikanischen Aktion. Die Partei selbst wird immer auf das Recht, hier mitzutaten und mittagen zu wollen, nicht verzichten können. Die Kölner Resolution, im Krisenwinter in Kraft gesetzt, war die Sorge um das Schicksal der europäischen Lebensverhältnisse. Wenn wir in Deutschland in Sachen der Demokratie abstinent geworden wären, dann wäre wahrscheinlich ein Wettlauf der Parteien in Sachen des Nationalismus entstanden, und dann wäre wahrscheinlich die Demokratie in Deutschland tot. Aber ein nichtdemokratisches Deutschland bedeutet die tödliche Gefährdung der Demokratie in den anderen europäischen Ländern. Hier stehen wir auf Vorposten. Genossen und Genossinnen, wir haben auch nach den Gesetzen des echten Kampfes direkt mit dem Gesicht zur Demokratie zu agieren. Wir können uns die gemütlichen, großväterlichen, vereinsmeierlichen Methoden der Politik nicht gestatten. Wir müssen als Partei kämpfen und stets in den Formen des Kampfes leben. Sonst wehe nicht nur Deutschland! Sonst würde unser Versagen eine Bedrohung der Freiheit in Europa bedeuten.

Nun, das Volk hat uns sehr gut verstanden. Denn nach diesem Beschluß in dem Krisenwinter haben wir bei den Wahlen in der britischen Zone einen Erfolg errungen, der mehr als ein Erfolg ist. Ich meine jetzt nicht nur die 380 000 Stimmen Vorsprung vor der CDU. Wenn man Hamburg mitzählt und berücksichtigt, daß im Oktober 1946 auch Bremen und Wesermünde gewählt haben, ist das ja ein Vorsprung von weit mehr als 600 000 Stimmen. Es trägt das schon ein Zeichen kraftvollen Vertrauens in sich, ein Zeichen dafür, daß die Deutschen aus der Politik des Dritten Reiches zu einem erheblichen Teil doch etwas gelernt haben.

Denn alle objektiven Voraussetzungen sprachen doch dafür, daß die Deutschen jetzt aus Protest kommunistisch wählen mußten hier in Westdeutschland. Sie haben es nicht getan. Die Kommunisten sind in der britischen Zone in ihrer Stimmenzahl unter zehn Prozent geblieben. Sie haben eine deutliche Vergrößerung nur in den Industriegebieten bekommen, wo erstens die zerschmetterten Behausungen keine Massen von Flüchtlingen, die immer ein politischer Anschauungsunterricht sind, aufnehmen konnten und wo weiter die Besiedlung so dicht war, daß es in der Ernährung keine Ausweichmöglichkeiten mehr gab.

Die Sozialdemokratische Partei hat also das Gesetz des Handelns in dieser Periode nicht den anderen überlassen können, und wenn in München bei der Konferenz der Ministerpräsidenten eine kluge Selbstbeschränkung auf das Nötige in den dringenden Tagessorgen des Volkes erreicht worden ist, wenn man es vermieden hat, daß der uferlose Partikularismus und der primitive Zentralismus der SEP gegen einander gestoßen sind, dann ist das nicht zum wenigsten ein Erfolg der Sozialdemokratischen Partei. Die Partei gewinnt an Geltung in der Welt.

Wir hatten in Zürich eine Stimme zur Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der früheren zweiten Internationale nicht. Aber dieses Zürich war ein weiterer Schritt auf dem Wege, der mit der Einladung der Sozialdemokratie nach London begonnen hat. Und ich glaube, die Labour Party kann mit dem gleichen Stolz wie wir sagen, die Einladung der Labour Party an die deutschen Sozialdemokraten war ein kluger und mutiger Akt internationaler sozialistischer Gesinnung. Alle diejenigen, die da so herumgeheimnist haben, wie die Sozialdemokratie von der Labour Party als Instrument der englischen Außenpolitik gebraucht werden würde oder könnte, sind mit ihren Prognosen schön hereingefallen. Die Sozialdemokratie ist kein Instrument, und die Labour Party ist loyal.

Wenn man aber den inneren Mechanismus der europäischen Politik erkennen will, dann vergleiche man nur die Parteienkonferenz von Zürich mit der Gewerkschaftskonferenz von Prag. In Prag sind die deutschen Gewerkschaften mit den Stimmen derselben Länder zum Beitritt herangerufen worden, die sich in Zürich gegen die Aufnahme der Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Abstinent ist in beiden Fällen nur Polen gewesen. Aber auch Polen hat die Prager Konferenz nicht verlassen. Hier zeigt sich die Gefahr, in der die deutschen Gewerkschaften sind. In Westdeutschland leiden ja die Gewerkschaften durch die Politik des Preis- und Lohnstopps noch an einem gewissen Mangel an eigentlichen gewerkschaftspolitischen Funktionen. Die Gewerkschaften in einem totalitären Staat freilich sind umgekehrt niemals Instrument der

Arbeiterklasse, sondern Instrumente des Staates zur Beherrschung der Arbeiter, und dementsprechend versucht die kommunistische Politik, welche sich in der Ostzone natürlicherweise der Gewerkschaften bemächtigen konnte, sich jetzt auch der Gewerkschaften in den Westzonen zu bemächtigen. Man sucht den Mangel an gewerkschaftspolitischen Funktionen durch eine Überlassung an gewerkschaftsfremde, staatspolitische Funktionen für die Gewerkschaften zu ersetzen. Die Kommunisten machen jetzt in den Gewerkschaften des Westens den Versuch, diese für sich parteipolitisch zu erobern. Sie rufen damit die Reaktion der früheren Christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine hervor, und sie erzeugen eine politische Stimmungskrise. Und ich sage den guten Gewerkschaftlern und den sozialdemokratischen Funktionären in den Gewerkschaften: Ihr könnt das Ziel der politischen Neutralität der Gewerkschaften, das wir bejahen, nicht dadurch erreichen, daß Ihr den Gegnern der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften Narrenfreiheit gebt. Jetzt müßt Ihr als Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Genossen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln. Die Gewerkschaften sind ja jetzt, wenn sie lohnpolitisch und sozialpolitisch in Funktion kommen, nicht auf diese Funktionen allein angewiesen. Den Gewerkschaften ist eine große Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie zugebilligt. Und mit wem wollen die Gewerkschaften die Wirtschaftsdemokratie anders durchsetzen als mit und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?

Der ganze Komplex der Demokratisierung der Wirtschaft und der Sozialisierung ist keine fanatische Hingabe an Abstraktionen und Ideologien. Es geht um das ganz konkrete persönliche und menschliche Leben. Es geht auch nicht um Verstaatlichung im Sinne von Fiskalisierung. Es geht um zwei getrennte Komplexe: um Eigentum und um Mitbestimmung. Beim Kampf um die Sozialisierung wird von den Interessenten, besonders in den Kreisen der CDU, so eine fiktive Problematik konstruiert, und die angreifenden sozialistischen Kräfte sollen so durch eine Art Schattenboxen abgelenkt werden. Die Geschichte des Kampfes um die Sozialisierung in Rheinland-Westfalen liefert da ja lehrreiche Beiträge. Wenn wir die Sozialisierung wollen, so wollen wir sie hinreichend begründet ökonomisch, aber darüber hinaus wollen wir sie politisch. Denn wenn so herumgeheimnist wird um die Eventualitäten deutscher Aggressionspotenz, dann, Genossinnen und Genossen, geht es doch nur immer darum, wie man Europa vor der Unzufriedenheit von 70 Millionen Menschen sichert, die in den Abgrund zu versinken drohen. Und die Sozialisierung ist ein Mittel der Sicherung gegen das Versinken. Aber die Sozialisierung ist auch ein Mittel dafür, daß die Waffen der Wirtschaft und der Verfügung über die Wirtschaft nicht in falsche Hände kommen.

Es sind vor allem politische Notwendigkeiten, die uns zu dieser Haltung treiben. Wir stehen vor der einmaligen Chance, die Cliquesüberreste der großkapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Diese Cliques haben den Ruin Deutschlands und die Zerstörung Europas herbeigeführt, und die Cliques sind in ihrem Denken nicht mehr korrigierbar. Man muß zu diesen Klassen ja oder nein sagen, und wir sagen nein zu ihnen, weil wir zum Sozialismus, zum Frieden zur Demokratie ja sagen.

Wenn man diese Cliques weiter agieren läßt, dann haben sie von neuem die Möglichkeit, den Mittelstand und die Bauern, wie in der Vergangenheit, politisch mit sich zu fusionieren. Aber das wäre ein entscheidender Schlag gegen die progressiven Kräfte in Europa, denn diese Kreise sind auch bereit, die Verelendung zu organisieren, wie sie es vor dem Anbruch des Dritten Reiches und in der Periode der Inflation bereits zweimal getan haben.

Jetzt sind die Cliques geduckt und verstecken sich in der Hintergründigkeit der CDU und des Systems der wirtschaftlichen Fachgruppen. Ihr einziger Gedanke ist: es wird doch alles vorübergehen. Aber in ihren Intentionen leben sie in ihren alten Vorstellungen, Machtprägungen und Cliqueswünschen.

Naiver als die CDU ist die Deutsche Rechtspartei. Aber der deutsche Kapitalismus versucht heute, der Welt einzureden, daß der Nazismus durch konservative Kräfte überwunden werden könnte, und das ist der falsche Schluß. Der Nazismus kann nur durch progressive, pazifistische und sozialistische Kräfte überwunden werden.

Man kann auch die Sozialisierung nicht so vornehmen, daß man ein großes Abkaufen gegen den vollen Wert gegenüber den Herren von Kohle, Eisen, Stahl, Chemie, Energie, Zement und Bodenschätzen vornimmt.

Nein, nein, werte Genossen und Genossinnen, es geht nicht um den Abkauf. In Wahrheit hat die Politik der Hochschutzzölle für Teile der Industrie und für den ganzen deutschen Großgrundbesitz bereits das Mehrfache des gesamten vorliegenden Kapitals reproduziert gehabt, und diese Leute haben es für sich und ihre politischen Zwecke verbraucht. Im Prinzip wäre hier die entschädigungslose Enteignung notwendig. Wenn man aus Gründen der Billigkeit oder aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Kapitalbildung in anderen Teilen der Welt anders vorgeht, so muß ich doch sagen, daß man eine Entschädigung nicht über den Rahmen der allgemeinen Kriegssachschäden hinaus vornehmen kann. Es wäre noch zu überlegen ob dieser Entschädigungsanspruch dann gegenüber der Allgemeinheit, also der Gemeinschaft der Steuerzahler, zu erheben wäre oder nur gegenüber dem enteigneten Betrieb, für dessen Prosperieren oder Nichtprosperieren ja der Enteigner durch seine bisherige Wirtschaftsführung auch verantwortlich ist.

Wir demokratischen Sozialisten wollen die zentrale Planung in der Wirtschaft. Aber wir wollen nicht die detaillierte zentralistische Planwirtschaft. Es gibt keine größere moralische und intellektuelle Unredlichkeit als der Versuch der Besitzbürger, die Kriegswirtschaft und die bürokratische Bewirtschaftung des Mangels mit dem Sozialismus zu identifizieren. Kürzlich ist sogar einmal der klassische Satz gefunden worden, Hitler sei die logische Konsequenz marxistischen Denkens. Wir demokratischen Sozialisten wollen nicht gegen, sondern mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem gesunden Erwerbstrieb unsere Wirtschaftspolitik machen. Wir wünschen eine Konkurrenz auch der sozialisierten Betriebe, nach Möglichkeit im Rahmen der Marktwirtschaft.

Die deutschen Unternehmer versuchen, sich jetzt mit ausländischer Hilfe zu verbünden und sich dadurch vor dem Zugriff zu retten. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Konzernentflechtung der eisenschaffenden Industrie in der britischen Zone. Diese Konzernentflechtung hat zu einem echten Prozeß der Rekapitalisierung geführt. Man will die Sozialisierung hinausschieben beziehungsweise auf ungeeignete und schwache Objekte beschränken. Man will retten, was zu retten ist. Ein Gremium von Leuten, die bereits in der Naziherrschaft Herren in der Montanindustrie und Mitglieder internationaler Stahl- und Eisenkartelle waren, versucht jetzt, diesen Teil der deutschen Wirtschaft für sich zu organisieren. Die Männer der Vereinigten Stahlwerke und die Leute von Flick, von Klöckner, von Hoesch, vom Otto-Wolff-Konzern und von all den Konzernen, die für die Politik des Dritten Reiches, ihr Zustandekommen und ihre Durchführung verantwortlich sind, ein Gremium dieser Leute versucht nun auf dem Wege der Entflechtung sich der Herrschaft über die entflochtenen Betriebe zu bemächtigen. Dabei geht man sogar so weit, daß man konzernfreie und staatseigene Betriebe in diese Entflechtungsaktion hereinnimmt. Ich will aus Mangel an Zeit die Technik dieser Methoden hier nicht schildern. Ich will aber doch darauf hinweisen, daß mit diesen Mitteln die großen Privatbanken, wie Dedi-, Commerz- und Privatbank und Dresdner Bank, wieder in das Geschäft eingeschaltet werden. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften sollten gegenüber diesen Cliquen mit einer verschärften Politik der Sozialisierung und einer Politik der Bankenreform in die Lücke springen.

Nun fürchten wir Sozialdemokraten, daß die internationale Kapitalverflechtung jetzt die Beantwortung der deutschen Frage wieder unmöglich zu machen droht. Wir sollten der Welt zeigen, daß sozialisierte Unternehmungen reeller und kreditwürdiger sind als deutsche Unternehmer, und diese Sprache sollte man auch in Amerika verstehen. Die Grundsätze eines ehrbaren und anständigen Kaufmanns sind in einem sozialisierten Betrieb, bei dem die öffentlichen Einrichtungen, in dem die Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften und die Betriebsvertretungen etwas zu sagen haben, in besseren und saubereren Händen als bei den deutschen Unternehmern von gestern und heute.

Zur Politik der Desindustrialisierung möchten wir Sozialdemokraten noch sagen: Man kann Deutschland nur agrarisieren, wenn man es zu gleicher Zeit auch industrialisiert. Man kann nämlich auf dem Lande die Anbauflächen nur vergrößern und intensivieren und dort größere Massen ansiedeln, wenn man auch zu gleicher Zeit hinreichende industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Andernfalls erzeugt man die Landflucht der Menschen mit dem Ziel, sich bei den standortgebundenen Industrien anzusiedeln. Es kommt hier wirtschaftlich und politisch sehr viel, ja, entscheidend darauf an, die jämmerlichen Verhältnisse der Vertriebenen und Ausgebombten zu verbessern. Andernfalls steckt hier die Gefahr einer Politik des fünften Standes. Ein fünfter Stand würde sich wie ein Bleigewicht an den Kampf des vierten Standes hängen und würde ein System der deutschen Schmutzkonkurrenz wider den Willen der deutschen Arbeiter auf dem

europäischen Arbeitsmarkt mit sich bringen. Diese Gefahren werden um so größer, je hemmungsloser die deutschen Unternehmer in ihrem Klasseninteresse schrankenlos walten können.

Innerhalb der vom Versinken bedrohten Schichten des Volkes müssen wir Sozialdemokraten jetzt unseren Blick auf eine Schicht lenken, von der viel zu lange geschwiegen worden ist: die Riesenarmee der deutschen Kriegsbeschädigten. Es ist schon so weit, daß man nicht genug Material für die Beschaffung von Ersatzgliedern für amputierte Kriegsbeschädigte hat. Genossen und Genossinnen, mit diesem Vergehen gegen die Menschlichkeit können wir uns nicht belasten. Wir müssen immer an der Seite der Kreise kämpfen, die im großen Lebenskampf die elendesten und die schwächsten sind. Denn die deutschen Kriegsbeschädigten sind im Produktionsprozeß nützlich und wertvoll. Sie werden von uns nicht zur Seite geworfen. Sie werden von uns aufgefordert, produktive Arbeit zu leisten, und sie können sie leisten.

Erstaunt sind wir aber darüber, Genossen und Genossinnen, daß die Teile der Menschheit, die am stärksten vom Dritten Reich verfolgt waren, heute so wenig Hilfe und Verständnis bei der Welt draußen finden. Von uns, den politischen Kämpfern gegen das Dritte Reich, will ich nicht reden. Aber sprechen wir einmal über den Teil der Menschheit, der zu allem tatsächlich durch die Furchtbarkeit der Schläge, die er empfing, noch das Symbolhafte des ganzen Leids auf sich nehmen mußte, sprechen wir einmal von den Juden in Deutschland und der Welt. Es ist überraschend, daß die Siegermächte auch in der einheitlichen Behandlung und Entschädigung der Juden bisher noch keine einigende Formel auf deutschem Boden gefunden haben. Es ist nämlich sehr schwer, ein allgemein gleiches und gültiges Recht für alle Länder und Zonen zu schaffen, und eine gesamtdeutsche Antwort auf diese Frage setzt ja auch ein einheitliches deutsches Funktionieren in dieser Frage voraus. Gewiß, die Judenfrage wird nach der Meinung der Sozialisten erst gelöst, wenn die Frage des Sozialismus durchgeführt ist. Aber wenn in Deutschland keine Stelle ist, die zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sich bindend und verpflichtend mit der Frage der Juden befassen kann, ist es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hier den Mund zu öffnen und zu erklären: Das Dritte Reich hat den Versuch gemacht, die Judenheit in Europa auszurotten. Das deutsche Volk ist zur Wiedergutmachung und Entschädigung verpflichtet. Wir sind für Bestrafung derer, die sich an Verfolgungen beteiligt und durch sie bereichert haben. Wir sind für Verbot aller antisemitischen Propaganda und Aktionen. Wir treten ein für die Gewährleistung der Menschenrechte und die Herstellung entzogener Rechte. Wir wünschen eine internationale Garantie für die Juden in Deutschland.

Lassen Sie uns dazu mit einigen Worten einen Kommentar sagen. Gewiß ist auch die Gefahr eines Rassenantisemitismus in Deutschland nicht vorüber. Aber im eigentlichen sind doch die Gründe des Antisemitismus in Deutschland sozialer Art. Kratzt den Kapitalismus und Ihr werdet den Antisemitismus finden. Mit anderen Worten: Antisemiten sind heute in Deutschland die, die sich wirtschaftlich durch den Prozeß der Vertreibung und Ausrottung der Juden bereichert haben. Es gab nämlich in Deutschland nicht nur die laut skandalisierende Räuberbande, es gibt auch noch heute die Bande der sehr viel leiseren Nutznießer dieser großen Raub- und Vernichtungsaktion.

Die Sozialdemokratische Partei war in ihrer langen Geschichte stets die aktivste Bekämpferin des Rassenwahns, den sie als gefährlichste und unmenschlichste Irreführung in der Politik angesehen hat. Nach den Erfahrungen des Dritten Reiches muß es die Sozialdemokratische Partei von heute noch mehr und noch entschiedener sein. Sie steht und fällt mit der Idee von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

In Deutschland und in vielen Ländern Europas hat sich die Bürokratie von einer zu behandelnden sachlichen Notwendigkeit zu einem Umfang und einer Intensität entwickelt, die ihren eigenen Gesetzen folgt und die Gesellschaft entscheidend beeinflusst. In keinem Fall steht heute die Bürokratie in ihrer Größe noch in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis des wirtschaftlichen Produktionsprozesses. Große Teile der Bürokratie müssen aus der Administration heraus und in die Produktion hinein. Die Bürokratie aber wächst nicht nur auf dem zentralen Sektor lawinenmäßig an. Die Länder, die diesen Vorgang bei den Zentralämtern so kritisch betrachten, leiden unter derselben Bürokratie im gleichen Umfang, und die private Wirtschaft, die die Bürokratie der zentralen Instanzen und der Länder kritisiert, hat selbst eine Bürokratie, die maßlos übersetzt ist und sich von der staatlichen und kommunalen Bürokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie sich schwer bezahlen läßt. Die Fachleute und die Spezialisten in ihrer soziologischen Überbewertung sind

nämlich auch ein Ausdruck der Entgeistigung der Politik und der Vermassung der Menschen. Der Wirtschaftsrat wird sich mit diesem Problem sehr eindeutig auseinandersetzen haben. Seine Aufgabe ist es, Initiative und Stoßkraft zu zeigen. Die Entscheidungen müssen von der Bürokratie fort und fest in die Hände des Wirtschaftsrats gelegt werden.

Ein großer Teil der Bürokraten steht politisch und gesellschaftlich dem Sozialismus feindlich gegenüber, versucht aber, ihn für sich auszunutzen. Die Bürokraten sind auch nicht für die Demokratie; sie versuchen aber, die Fassade der Demokratie für ihre bürokratische Impotenz auszuschlachten, und ihr übersetzter Verwaltungsapparat richtet allmählich an Anarchie und Demoralisierung mehr Schaden an, als jeder Import an Nahrungsmitteln wieder gutzumachen imstande ist.

Wenn umgekehrt die Kommunisten erklären, ihre Bürokratie habe nicht den Charakter einer eigenen Klasse, weil sie nicht über die Ausnutzung der Produktionsmittel entscheide, so ist das falsch. Die totalen Bürokraten des kommunistischen Staates haben die Entscheidung über die Produktionsmittel genau so wie die totalen Manager der privaten Monopolwirtschaft des Kapitalismus allein in der Hand. Die Situation wird richtig vom Genossen Paul Sering in seinem Buch „Jenseits des Kapitalismus“ folgendermaßen charakterisiert:

Diktatorische Planung unter Bedingungen der Massenarmut und der von oben kontrollierten Wissenszufuhr bedeutet Entwicklung zur Klassenherrschaft der Bürokratie hin; demokratische Planung unter Bedingungen steigenden Lebensstandards und gleichmäßiger freier Bildungsmöglichkeiten bedeutet Entwicklung von jeder Klassenherrschaft fort.

Der internationale Sozialismus ist von den Ideen der Freiheit, der Demokratie und des Wesens des Genossenschaftlichen nicht zu trennen. Wenn es im Jahre 1917 in Rußland eine nationale Großtat Lenins war, die Technisierung des zurückgebliebenen Rußlands so vorzutreiben, daß mit ihrer Hilfe historische Entwicklungsperioden übersprungen werden konnten, so gilt das für Europa, seine Mitte und seinen Westen nicht. Ein im technokratischen Sinne ideales Funktionsschema der Diktatur stößt unter den Bedingungen einer selbständig heranreifenden und den politischen Voraussetzungen der Demokratie unterliegenden Industriegesellschaft auf Widerstand, und dieser Widerstand muß zum Austrag kommen. Es geht hier um die entscheidende Frage, ob die kommunistische Politik in Deutschland nicht die entscheidende Störung jeder deutschen Möglichkeit überhaupt ist. Die Kommunisten haben ihren Auftraggebern seit 30 Jahren erklärt, sie seien stark genug, und ihre Mittel seien geeignet, die Erringung der proletarischen Diktatur in Deutschland durchzusetzen. Daß man den deutschen Kommunisten diesen auf der Hand liegenden Schwindel geglaubt hat, ist der entscheidende politische Fehler, der hier aufgetreten ist.

Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil. Ich will mich hier nicht amüsieren über die kommunistische Strategie in der politischen Einkreisung der Bizone. Das wäre politisch noch denkbar. Aber wenn man untersucht, wie sie die Bizone aufzuspalten und in den Kessel zu nehmen sich bemüht, wie sie einmal den Versuch macht, die amerikanische Zone einzukreisen, dann wieder den Versuch macht, das Ruhrgebiet zu isolieren, dann muß man sagen, die Herren, die mit den Methoden der Kriegswissenschaft arbeiten, sind Gefangene ihrer eigenen Mittel und wissen gar nicht mehr, was diese Mittel bei den Leuten anrichten, die angeblich die Herren dieser Mittel sind. Es gibt bei einer solchen Politik keine Objektivität, keine Wahrheit, kein Vertrauen mehr. Es gibt nur das Machtstreben mit allen Mitteln. Alle geistigen und moralischen Hemmungen werden ausgeschaltet. Es gibt keine Anerkennung von Ideen und Persönlichkeiten. Aber es gibt auch keine Belastung durch Ideen und Persönlichkeiten. Es gibt nur Vorurteilslosigkeit in der Ausnutzung von Menschen und Situationen. Es gibt nur Zweckpropaganda mit machtpolitischem Ziel. Aber diese Entthronung der Wahrheit und der menschlichen Persönlichkeit wird vom deutschen Volke nicht akzeptiert. Das wäre nämlich nicht nur eine Politik der dehnbaren und veränderlichen, sondern auch der ersetzbaren und einander widersprechenden Mittel und Wünsche. Es ist die echte Politik des Warenhauses, die für jeden Geschmack und in jeder Preislage etwas hat. Sie offeriert mir Agitationsartikel. Aber, wer te Versammlung, die Prinzipien der Gegner werden so bedenkenlos von den Kommunisten angewandt, das Agitationsziel ist so verschieden von dem wirklichen Ziel, daß die Wahrheit,

die ja jeder in Deutschland kennt, nachdem er zwölf Jahre Anschauungsunterricht im Totalitarismus gehabt hat, doch durchkommt und die Kommunisten hier einen schweren Triumph haben werden. Sie zeigen die Mechanik dieser Propaganda vor einem Volk, das in den zwölf Jahren auf diesem Gebiet sehr skeptisch und glaubenslos geworden ist und das jetzt die Situation ziemlich klar durchschaut. Wir wissen doch, gegenüber dem Totalitarismus der Kommunisten haben wir uns nicht gegen sachliche Programme und geistige Konzeptionen zu verteidigen, sondern gegen ein erkennbares und aufzeigbares System von Taktiken.

Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt. Aber diese Taktik des Führungsanspruchs, des Monopols auf die Fragestellung, der dauernden Beunruhigung, der Beschuldigungen, der Beschimpfungen, des Dem-Gegner-immer-am-Halse-Hockens und An-den-Nerven-Zerrens — diese Taktik kann nur Erfolg haben, wenn eine Voraussetzung gegeben ist, wenn nämlich die Objekte dieser Taktik meinen, daß sich hier ein unabwendbares und unabänderliches Schicksal abzeichnet, ein Schicksal, dem nicht auszuweichen ist. Wir Sozialdemokraten meinen, wir sollen uns auf ein solches System der Taktik gar nicht einlassen. Wir sollen den ganzen Wust kommunistischer Fragestellung und Zweckpropaganda mit einer Handbewegung beiseite schieben und unsere eigene Fragestellung, unsere eigene Zielsetzung mit unseren eigenen Mitteln betreiben. Wir haben keinen Schritt Bereitschaft, irgend etwas in Europa als unabänderlich anzuerkennen. Wir sind bereit, alle Kräfte im Kampf für die Veränderlichkeit und den Fortschritt einzusetzen. Wir Sozialdemokraten sind nicht geneigt, die Rolle des hypnotisierten Kaninchens in der Politik zu spielen. Wir halten die Angreifer für sehr laut, aber ohne eigene innere Kraft. Die Hypotheken, die auf der kommunistischen Politik lasten, sind zu groß, als daß sie durch Propaganda abgetragen werden können. Der Totalitarismus hat wohl die Menschen des Dritten Reiches schwächer und ärmer an Geist und Gesinnung gemacht, aber so arm und so schwach sind sie nicht geworden, daß sie nicht erkennen würden, dass sich hier jetzt dasselbe abspielt, was sich zwölf Jahre hindurch abgespielt hat.

Daß die Kommunisten sich damit aufs schwerste am deutschen Volk versündigen, wird auf sie wenig Eindruck machen. Es wird sie auch nicht beeindrucken, wenn wir ihnen sagen, daß die Demokratie durch nichts so sehr geschädigt wird wie durch ihren Mißbrauch des Wortes Demokratie. Für sie ist die Demokratie ja nur die Chance, die Demokratie in dem Staate der Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu schlagen. Das Beispiel des Nazierfolges übt hier eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf sie aus. Man kann aber sagen: Je totaler und potenziertes die politische Marschrichtung einer Besatzungsmacht, desto falscher ihre Beantwortung der entscheidenden politischen Frage. Die Kommunisten leiden allmählich in ihrer Propaganda unter typischen Halluzinationen vom Kapitalismus und vom Kommunismus. Wenn sie Worte wie Imperialismus, Demokratie und Kapitalismus hören, dann lösen sich bei ihnen darin Reaktionen aus wie bei den Völkischen und Nazi bei den Worten Marxisten, Juden und Freimaurer. Wir haben hier die Verlagerung der Politik in ein theoretisierendes Gezanke und Gekeife um bloße Schemata. Wir erleben heute, daß man geradezu die ontologischen Methoden der Scholastik, die man seit Immanuel Kant tot glaubte, in der kommunistischen Dialektik wiedererkennen kann. Aber, Genossen, die Philosophie der Scholastik oder die komischen Kapiolen der Kommunisten können wir natürlich nicht als historische Dialektik übernehmen. Die angreiferischen Gebärden täuschen uns nicht darüber hinweg, daß die großen Propagandisten in Wirklichkeit Helden aus Angst sind, aus Angst vor ihren Auftraggebern, aus Angst aber auch vor dem deutschen Volk.

Die große Beschwörungsformel, von der sie sich die Bezauberung des deutschen Volkes versprechen, ist die nationalistische Phrase. Das beste Beispiel zu der Erklärung der Lage ist Berlin. Die Kommunisten, die immer zu Einheit und Gemeinsamkeit aufrufen, hätten hier in Berlin die Gelegenheit, Einheit und Gemeinsamkeit der Deutschen zu verwirklichen. Aber sie treiben eine Politik der Aufspaltung in Sektoren, und sie können nicht einmal im lokalen Rahmen Einheit durchführen. Die Kommunisten sprechen von nationaler Freiheit, und die nationale Freiheit, die die kommunistische SEP bringt, das die deutsche Freiheit, soviel Reparationen zu zahlen, wie Rußland beansprucht, und auf seine Kriegsgefangenen zu verzichten und sie zu opfern und die Idee der Freiheit mit dem Willen von Deutschland in Deutschland abschlagen zu lassen.

Aber die Massen nehmen einen Teil der Propagandaformeln in sich auf. In Deutschland nehmen sie gerade die nationalistischen Propagandaformeln auf. Wenn es den Nazis gelungen ist, den Abfall des ersten

Weltkrieges bei sich zu sammeln, so möchten die Kommunisten das Konkurrenzmanöver für den zweiten Weltkrieg vornehmen. Aber der Appell an den Nationalismus hat nach jahrzehntelanger Heranzüchtung und nach zwölf Jahren Hitler-Diktatur in Deutschland ein besonderes Echo. Die Illusion von Deutschland als einem privilegierten russischen Satellitenstaat, der dann die anderen, kleineren, schwächeren Satellitenstaaten schurigeln und treten könnte — diese Illusion und die ganze Propaganda im Stile des „Freien Deutschland“ tragen ihre eigene Dynamik in sich, deren die Kommunisten nicht Herr werden können. Denn sie gebrauchen ja jetzt gerade die bürgerlichen Spezialisten und die militärischen Spezialisten. Und im Zeichen einer pangermanistischen Agitation eine panslawistische Politik für ein Land machen zu wollen — Genossen, das ist eine Sprengbombe, mit der auch kommunistische Narrenhände auf die Dauer nicht ungestraft spielen können.

Die Kommunisten sprechen jetzt dieselbe Sprache wie das Dritte Reich, wie das Kaiserreich, wie das Reich Bismarcks. Und wenn man ihre Agitationslyrik ansieht, dann meint man, manchmal die Kriegsverse von 1914 und manchmal Gedichte von Emanuel Geibel zu lesen. Das Ganze steht so auf dem Niveau einer Siegesallee in Gips.

Dem Appell an den Nationalismus muß die Sozialdemokratie entgegentreten, sei es der Neonationalismus der Kommunisten, sei es der alte Nationalismus der Besitzbürger. Der moderne Nationalismus ist nur eine Waffe in dem Kampf um die Macht im Staate, ein Versuch, die Menschen geistig zu betäuben und gleichzuschalten und sie dann nach den Gesetzen der Mechanik als politische Materie zu behandeln.

Wenn der kommunistische Totalitarismus jede Kritik als entmutigend und demoralisierend, als schwächend und lähmend unterdrückt, hört der Rechtsstaat auf zu existieren. Zum Rechtsstaat gehört die geordnete Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Er ist nicht denkbar auf der Grundlage einseitiger Herrschaftsansprüche und einseitiger Leistungen und Pflichten. Ein politisches Monopol widerspricht in jedem Falle den Interessen der arbeitenden Massen. Wenn die Polizei in der Lage ist, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen und ohne Öffentlichkeit Urteile zu fällen und zu vollstrecken, wenn ihr jede Möglichkeit zur Vernichtung und Bestreitung von Freiheit und Leben gegeben ist, dann haben wir den fanatisch übersteigerten Zustand eines sogenannten aufgeklärten Absolutismus. Aber tatsächlich ist es ein Absolutismus mit sehr unaufgeklärten und barbarischen Methoden. Es gibt keinen Rechtsstaat ohne Rechtssicherheit für den einzelnen Menschen, ohne Freiheit. Die Stabilisierung der sozialen Beziehungen kann nicht durch die politische Polizei geschaffen werden, und gerade die verarmten arbeitenden Massen können ohne Demokratie nicht leben.

Die „Volksstimme“ in St. Gallen hat am 21. April 1947 ein Gespräch zwischen dem führenden englischen Genossen Laski und Stalin wiedergegeben. Danach hat Stalin gesagt:

Rußland kennt nicht die freiheitliche Tradition des Westens. Rußlands Weg zum Sozialismus ist ein anderer als der des Westens. Die westeuropäische Arbeiterschaft kann sehr wohl ihre Ziele mit dem Mittel der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit erreichen.

Damit ist von kompetenter Seite die dürftige Hilfsstellungstheorie, daß eine parlamentarische Demokratie zu ihrem Funktionieren die Existenz einer liberalen Klassenbourgeoisie benötige, erledigt worden. Die Massen des deutschen Volkes und die Massen der deutschen Arbeiterklasse erklären sich eindeutig für die Demokratie und für die Methoden der parlamentarischen Mehrheit.

Aber man soll diese Möglichkeiten dem ganzen deutschen Volke geben. Daß man die Sozialdemokratie in der Ostzone verbietet, unterdrückt und verfolgt, ist nicht in erster Linie eine Frage der Sozialdemokratischen Partei. Es ist die nationale Frage der Deutschen schlechthin. Es ist die Frage nach der Rechtsgleichheit, nach der staatsbürgerlichen Gleichheit aller Deutschen, und es ist die Frage nach der Weltdemokratie. Ich glaube, wir sind nicht zu skeptisch und nicht zu vorsichtig, wenn wir sagen, die Weltdemokratie erlebt jetzt ihre Weimarer Periode. Wir Sozialdemokraten aber haben aus der Zeit von Weimar etwas gelernt. Wir haben gelernt, daß es gilt, bereits den Anfängen zu widerstehen. Und wir stellen uns gegen jeden Versuch, möge er vom Großbesitz, möge er von den Kommunisten ausgehen, der dahin geht, die Demokratie umzubiegen, zu verfälschen und schließlich zu vernichten.

Nun, werte Genossen, mit welchen Methoden in der Ostzone gekämpft wird, zeigt ein gefälschter Brief, der in der Ostzone verbreitet wird. Der Briefkopf trägt die Worte: „Sozialdemokratische Partei, Der Parteivorstand, Hannover“. Die Genossen werden da angeredet, ob sie bereit seien, für den Fall der Zulassung der Sozialdemokratischen Partei eine Funktion in dieser Partei anzunehmen. Ein Teil dieser Genossen war vorsichtig und hat nicht geantwortet. Ein Teil war unvorsichtig und hat geantwortet. Von denen, die geantwortet haben, ist keiner mehr zuhause.

Nun braucht Deutschland eine verantwortliche Führung, und sicherlich kann die verantwortliche Führung nicht aus der Addierung des Willens der Länderregierungen entstehen. Sicherlich kann diese verantwortliche Führung nur aus dem Willen der Parteien für ganz Deutschland, aus den Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland entstehen, und aus diesem kann sich dann eine Gesamtregierung ergeben. Aber eine Gesamtregierung ist ein Unsinn, wenn sie bloß ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Siegermächte untereinander ist. Eine Gesamtregierung ist nur dann zweckvoll und hat einen Sinn, wenn sie der Ausdruck des ungehinderten freien deutschen Volkswillens ist. Nun haben eine Reihe von nichtkommunistischen Kräften sich um die Bildung einer nationalen Repräsentation bemüht. Aber es gibt keine Institution, die eine magische Wirkung ausgeübt hat. Auch wir halten eine nationale Repräsentation für notwendig. Aber wir halten sie erst dann für möglich, wenn die politischen Rechte in allen Zonen gleich sind, und wir halten sie auch erst dann für möglich, wenn die nationale Einigung aus der ökonomischen Einigung aufbaut. Wir begreifen den propagandistischen Wert dieser nationalen Repräsentation, die allmählich schon eine Propaganda für eine nationale Verfassung wird, durchaus und sehen ein, daß sie den besonderen Machtwünschen und Verhältnissen ihrer Zone zugute kommt. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß die SEP nicht die einzige Partei in Deutschland ist, die vom Verbot und der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone profitiert. Es ist weder klug, noch loyal, noch geschmackvoll, wenn von Berlin die These verbreitet wird, die CDU sei die stärkste Partei in Deutschland, und dabei zum Beweise auch die Zahlen bei den Landtagswahlen in der Ostzone mit angeführt werden — denselben Wahlen, bei denen die Sozialdemokratische Partei verboten war, in ihren eigentlichen Hochburgen, wo sie immer am stärksten war, dem Verbot unterlag. Das zeigt den Gang der geschichtlichen Entwicklung. Allmählich spielen sich in Europa und vor allem in Deutschland die Kräfte, die bei den Kommunisten und bei der CDU ihre Zusammenballung finden, gegenseitig die Bälle zu. Es wird jetzt in Deutschland und Europa der Versuch gemacht, die politische Macht zwischen Kommunisten und CDU, zwischen nationalem Kommunismus und Kapitalismus zu verteilen. CDU und Kommunisten wollen beide die großen, harten Mühlsteine sein, zwischen denen die Sozialdemokratische Partei zerrieben wird.

Aber diese Sozialdemokratische Partei läßt sich nicht zerreiben. Sie kann nicht zerrieben werden, weil sie notwendig ist. Wir haben dies Spiel schon vor 1933 in Deutschland gesehen. Wir haben es speziell in den Jahren 1928/29, die für die deutsche Entwicklung entscheidend waren, sich anbahnen sehen: den autoritären Kapitalismus des damaligen Zentrums, der heutigen CDU, und den nationalen Kommunismus der Kommunisten. Wir haben gesehen, wohin diese Politik geführt hat. Und heute? Heute sehen die Kapitalisten in der Sozialdemokratie die eintige akute Klassenbedrohung, und die Kommunisten sehen in der deutschen Sozialdemokratie die einzige bedingungslose Kämpferin gegen den totalen Staat und für die menschliche Freiheit.

Die deutschen Parteien haben noch nicht ihre endgültige Gestalt und Form gefunden. Die CDU hat als erste der großen Parteien aus ihrem Improvisationscharakter, aus ihrer Politik der verkleidenden Maskierung heraus in den großen Schmelztiegel der Parteienkrise hineingehen müssen. Die Kommunisten beginnen jetzt, in die Parteienkrise hineinzugeraten, nachdem ihr Versuch, mit Hilfe der SEP in die Westzone einzudringen, so jämmerlich gescheitert ist. Die Kommunisten sollten erkennen, daß alle kommunistischen Verluste von den konservativen Kräften in der Welt mit großer Befriedigung betrachtet werden.

Nun, werte Versammlung, auch die Sozialdemokratie wird als letzte der großen Parteien in eine solche Parteikrise hineingeraten, und wir meinen, sie soll dann auch in eine solche Parteikrise hinein. Denn Krise ist nicht nur Gefahr der Schwächung, Krise ist vor allem auch Chance der Stärkung. Unsere Stärke soll darin liegen, daß wir alle neuen Kräfte der Zeit, alle starken, zukunftssträchtigen Kräfte mit uns verbinden. Wir sind gerade in einem Prozeß größter Umwälzung der Parteien und ihrer Geisteshaltung. In solchen Perioden

sind die Parteien ein ungeschriebenes Stück Verfassung. Die Kommunisten sind das ungeschriebene Stück Totalitarismus und Antidemokratie. Der Kapitalismus benutzt die Demokratie nur als Tarnung und will sie letzten Endes aus der Welt haben. Auf Gedeih und Verderb ist nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Demokratie verbunden. Die Sozialdemokratische Partei sieht sich als eine Partei neben anderen Parteien. Sie will nicht mehr und nicht weniger Einfluß, als ihr das deutsche Volk Vertrauen schenkt.

Aber dieses Vertrauen dann bis zur letzten Konsequenz für das Volk auch auszunutzen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Darum muß die Sozialdemokratie den Kampf um den Sozialismus heute in den Vordergrund schieben. Denn der Kampf um den Sozialismus ist der Kampf um die Gerechtigkeit. Wir müssen den Deutschen das Gefühl der Selbstachtung wiedergeben; denn nur so können wir sie zu einem Faktor des Friedens machen. Zu dem Gefühl der Selbstachtung gehört aber das Empfinden der Tatsache, daß das Höchste der menschlichen Güter die Freiheit ist. Revolutionäre Politik bedeutet eine den elementaren Bedürfnissen angemessene Politik. Revolutionäre Politik ist heute die freiheitliche Politik, für die Menschen, für die kleinen Leute in Europa zu kämpfen. Wir meinen, daß das Europa der französischen Revolution noch lange nicht tot ist, sondern etwas Neues hinzutritt, das, was Karl Marx einmal den „realen Humanismus“ genannt hat.

Wenn wir den Versuch machen, von irgendeinem Punkt der Zukunft aus unsere heutige Politik zu betrachten, so müssen wir sagen, keine Partei hat die Möglichkeit, immer fehlerfrei zu handeln. Aber die geistigen Grundlagen und die Aktionsrichtung der Sozialdemokratischen Partei sind richtig und können nicht anders sein, als sie heute sind.

Gegenüber dem Ausland und gegenüber dem Inland können wir sagen, wir sind zur Mitarbeit bereit, wir sind nicht bequem, aber wir sind reell. Wir haben ein festes Vertrauen zu der großen Mehrheit im Volke. Wir haben dieses Vertrauen zu unserem Volke, aber wir sagen der Welt, daß sie auch Vertrauen zur Internationalität des politischen Wollens der deutschen Sozialdemokratie haben kann. Denn sehen Sie, Genossinnen und Genossen, nicht nur die Erkenntnisse, nicht nur die Erlebnisse, sondern ein gewaltiger geistiger Tatendrang bringt die Partei und bringt das deutsche Volk auf den Weg der Internationalität. Die Deutschen sind heute das letzte Glied in einer langen Kette, und solange irgendwo in der Welt ein Mensch noch besudelt wird, getreten wird und nicht seine Freiheit hat, solange werden die Deutschen auch nicht frei sein. Deswegen wollen wir Hand in Hand mit allen progressiven und friedliebenden Elementen der Welt kämpfen für die Demokratie, für den Sozialismus und für den Frieden. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Julius Loßmann: Genossinnen und Genossen! Sie haben durch Ihren stürmischen Beifall unserem Genossen Dr. Schumacher selbst Ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Genosse Dr. Schumacher hat uns in seiner großen Rede die Grundlagen zu der nunmehr erfolgenden politischen Aussprache gegeben. Wir schlagen vor, den Parteitag für heute zu vertagen und die politische Aussprache erst morgen beginnen zu lassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Dann bitte ich die Delegierten, morgen früh Punkt neun Uhr hier anwesend zu sein.

Der Parteitag ist für heute geschlossen.

(Schluß der Nachmittagssitzung 18.22 Uhr.)